

## Wahl 50 – Zusatzinformationen für Lehrer

1. Nach der Gründung der DDR 1949 engagieren sich Jugendliche gegen die DDR-Diktatur. Gegen vermeintliche und tatsächliche politische Gegner gehen die DDR-Behörden und die sowjetischen Militärs hart vor und verhängen häufig grausame Strafen. Eine oppositionelle Jugendgruppe hat sich im thüringischen Altenburg gegründet.

a) Auf einem Dachboden im thüringischen Städtchen Altenburg versammelt sich eine Gruppe Oberschüler, die am 21. Dezember 1949, dem 70. Geburtstag Stalins, gegen die SED-Diktatur protestieren will. Mit einem selbst gebastelten Sender stören sie die Frequenz des staatlichen Rundfunks und kommentieren kritisch die Rede des Präsidenten. Die Sicherheitsorgane sind nicht geneigt, dies als Schülerstreich hinzunehmen. Sie starten eine intensive Suche nach den Protestierenden. Am 24. und 25. März 1950 werden 17 Personen vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet, fünf anderen gelingt die Flucht in den Westen. Der Gruppe wird vorgeworfen, nicht nur die Rundfunksendung gestört, sondern auch Klebezettel mit einem „F“ verbreitet zu haben. Dabei steht dieses „F“ symbolisch für Freiheit. In einem Prozess gegen 19 Mitglieder der Altenburger Widerstandsgruppe werden zwei junge Lehrer und ein Schüler zum Tode verurteilt, acht Personen erhalten Strafen mit bis zu 25 Jahren Arbeitslager. Dem 19-jährigen Schüler Ludwig Hayne gelingt zunächst die Flucht nach West-Berlin. Am 20. Juli 1950 wird er jedoch auf dem Potsdamer Platz vom MfS verhaftet und schließlich an die sowjetische Besatzungsmacht ausgeliefert. Ein Militärtribunal in Weimar verurteilt ihn am 21. Februar 1951 zum Tode.

b) und c) Mittels eines Briefes sollen die Schüler Argumente gegen die Todesstrafe sammeln und zu einer sinnvollen Argumentationskette gegen die Todesstrafe zusammenführen. Die Verurteilungen sind unverhältnismäßig und ideologisch motiviert. Das zu verfassende Verteidigungsschreiben geht von dieser Unverhältnismäßigkeit aus und fordert heraus, gegen die Bestrafung gerichtete Argumente zu formulieren.

Die Diskussion um die Verhängung von Todesurteilen kann genutzt werden, um umfassender auf die politischen und ethischen Dimensionen der Todesstrafe einzugehen. Die Frage „Für“ oder „Gegen“ die Todesstrafe bietet dabei zunächst einen Einstieg. In der weiteren Diskussion sollen die von den Jugendlichen vertretenen Standpunkte mit weiteren Argumenten untermauert werden. Fordern Sie daher die Jugendlichen heraus, ihre Standpunkte ausführlicher zu begründen und innerhalb der Diskussion zu schärfen oder gegebenenfalls zu überdenken.

(Zeitraumen ca. 45 min ohne ausführliche Diskussion zur Todesstrafe)

2. Am 15. Oktober 1950 finden die ersten Wahlen zur Volkskammer, den Landtagen und den Kommunalvertretungen statt. Alle folgenden Wahlen bis zur politischen Wende 1989 laufen nach demselben Muster ab. Gewählt werden so genannte Einheitslisten, die den Wahlberechtigten kaum Wahlfreiheit lassen.

a) Bei den Wahlen am 15. Oktober 1950 (und allen späteren Wahlen in der DDR) kann jeweils nur über Einheitslisten, nicht über einzelne Kandidaten abgestimmt werden. Der Liste muss als Ganzes zugestimmt werden oder sie muss insgesamt abgelehnt werden.

Sämtliche Abgeordnetenmandate sind bereits im Vorfeld der Wahlen auf die SED und die unter ihrer Vorherrschaft geduldeten Blockparteien und Massenorganisationen nach einem festen Schlüssel verteilt worden. Die SED erhält 25 Prozent und die vier Blockparteien je 10 Prozent. Die restlichen Sitze werden an verschiedene Massenorganisationen vergeben. Die absolute Mehrheit für die SED ist dabei immer garantiert, da auch die Massenorganisationen von der SED gelenkt werden. Hierzu gehören der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Freie Deutsche Jugend (FDJ), der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD), der Kulturbund und 1950 auch noch die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), die Konsumgenossenschaften sowie die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN).

b) In der DDR wird der Wahlakt auf das bloße Zusammenfalten der Wahlzettel reduziert. Besonders die für moderne Demokratien geltenden Wahlgrundsätze allgemein, frei, gleich, geheim, direkt (oder auch indirekt) werden in der DDR-Diktatur weitestgehend außer Kraft gesetzt. Somit handelt es sich um Scheinwahlen, die der SED eine scheinbare Legitimität verschaffen sollen. Eine echte Wahlfreiheit, und das ist bei der Diskussion innerhalb der Klasse zu berücksichtigen, gibt es nicht.

(Zeitraumen ca. 20 min)

3. Um die zahlreichen politischen Gefangenen unterbringen zu können, errichten die sowjetischen Militärbehörden acht Speziallager. In zwei Fällen werden ehemalige nationalsozialistische Konzentrationslager weiter betrieben. Informationen dazu finden Sie unter Wahl 50 > Jugend nach dem Krieg > Der deutsche Gulag.

a) Die beiden ehemaligen Konzentrationslager Sachsenhausen und Buchenwald werden bald nach Kriegsende ab 1945 vom sowjetischen Militärgeheimdienst und den NKWD als Internierungslager bzw. Speziallager genutzt.

b) Die Behauptung, in den sowjetischen Konzentrationslagern hätten vorrangig ehemalige Nazis und Kriegsverbrecher ihre gerechte Strafe erhalten, ist falsch. Zwar wird von der Besatzungsmacht eine große Zahl Funktionsträger des NS-Systems festgenommen, doch zunehmend geraten vermeintliche oder tatsächliche Gegner der Sowjetisierung der ostdeutschen Gesellschaft in die Mühlen der sowjetischen Geheimdienste. Aus den für 1950 bekannten Zahlen der sechs wichtigsten Haftanstalten in der DDR ergibt sich, dass etwa 25 Prozent der Strafgefangenen für Delikte vor Kriegsende verurteilt werden. Der weitaus größere Teil wird nach Kriegsende wegen verschiedener Delikte gegen Anordnungen der Besatzungsmacht verurteilt. Auch Jugendliche, die offen gegen die undemokratischen Methoden der Sowjets und der SED protestieren, werden in Speziallagern interniert.

Die Schätzungen gehen von bis zu 260.000 Inhaftierungen deutscher Zivilisten aus. Insgesamt sterben in den sowjetischen Lagern zwischen 65.000 und 80.000 Personen, etwa 25.000 davon werden in die Sowjetunion deportiert. 1950 werden die Speziallager aufgelöst und die Inhaftierten den DDR-Behörden übergeben. In der Sowjetunion befinden sich noch bis 1955 Deutsche in Gewahrsam.

c) Rolande Bude wird nach seiner Verhaftung zur Zwangsarbeit in Workuta, einer russischen Stadt nördlich des Polarkreises, verurteilt. Dort sind schon viele deutsche Kriegsgefangenen inhaftiert, um hauptsächlich im Kohlebergbau zu arbeiten. Unter Stalin wird in Workuta ein Gulag errichtet, in dem politische Gefangene unterschiedlicher Nationen inhaftiert werden. In der Folgezeit wird dieser Ort zu einem Zentrum für die sowjetischen Arbeitslager.

Die Zustände in Workuta sind von einem eisigen Klima geprägt. Erfrierungserscheinungen sind an der Tagesordnung, genauso wie Kämpfe und Rivalitäten zwischen verschiedenen Insassengruppen. Teilweise müssen die Neuankömmlinge in den Baracken auf dem Fußboden schlafen. Für Roland Bude sind Ungewissheit und Willkür der Wachmannschaften und Offiziere die schlimmste Erfahrung. Nie kann man genau sagen, welche Folgen das eigene Verhalten haben wird. Ebenso ist es für viele Inhaftierte eine große Ernüchterung als sie zu Familie und Freunden zurückkehren können und diese ihnen aber oftmals nicht glauben, was sie alles erlebt haben. Zudem kommt es in vielen Fällen durch die lange Abwesenheit zu familiären Problemen.

(Zeitraumen ca. 35. Min)

#### 4. Die Werdauer Oberschüler setzen sich kritisch mit der politischen Situation in der SBZ/DDR und der Teilung Deutschlands auseinander.

a) Die Jugendlichen aus Werdau wollen am Aufbau einer neuen demokratischen Gesellschaft aktiv mitwirken. Einige engagieren sich dabei anfänglich sogar in der FDJ. Mit der Zeit erkennen die Werdauer Oberschüler, dass die DDR sowjetisiert werden soll und eine zweite Diktatur auf deutschem Boden errichtet werden soll. Sie entschließen sich dazu, mit geheimen Aktionen dagegen aktiv zu werden. Der Widerstand ist in vielen Fällen getragen von dem Gefühl, anders handeln zu müssen als die Generation der Eltern, welche die Verbrechen des Nationalsozialismus meist widerspruchslos hinnehmen. Als Vorbild dient den Jugendlichen oft die Münchener Widerstandsgruppe der Weißen Rose um die Geschwister Sophie und Hans Scholl.

b) Mit Flugblättern auf denen steht: "Wir sehnen uns nach Frieden, nach der Einheit Deutschlands in Freiheit - wählt mit NEIN", protestieren die Werdauer Oberschüler gegen die Scheinwahlen zur Volkskammer am 15. Oktober 1950. Später richten sich ihre Aktionen auch gegen das Todesurteil für Hermann Joseph Flade, der wie sie gegen die Wahlfarce rebelliert hat.

Weiterhin beschaffen sich die Jugendlichen bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) Druckwalzen für Flugblätter. Von der KgU erhalten sie auch Stinkbomben, mit denen sie SED-Veranstaltungen stören. Gerade diese Aktionen erregen großes Aufsehen.

(Zeitraumen ca. 20 min)

5. Politischer Widerstand nutzt oftmals plakative Ausdrucksformen und Vorbilder. Viele oppositionelle Gruppen nutzen Symbole und Zeichen, um ihre politische Botschaft zu verbreiten.

a) Der Buchstabe F steht symbolisch für Freiheit. Bei der Beschäftigung und Auseinandersetzung mit den Zeitzeugen und den Aktivitäten der verschiedenen Widerstandsgruppen in der DDR stößt man immer wieder auf das Thema Freiheit als ein Leitmotiv für den Widerstand. Zur tiefer gehenden Auseinandersetzung mit diesem Thema empfiehlt sich das übergreifende Arbeitsblatt Freiheit.

b) Für viele oppositionelle Jugendliche gibt es zwischen dem Nationalsozialismus und dem Stalinismus große Gemeinsamkeiten. So konträr die Weltanschauungen beider Systeme auch sind, in den Methoden der Herrschaftsausübung und -festigung zeigen sich große Übereinstimmungen. Bei der Lektüre von Flugblättern der „Weißen Rose“ erkennen die widerständischen Jugendlichen, dass die Inhalte genauso gut auf die Zustände in der DDR übertragen werden können.

c) Achim Beyer, einer der Werdauer Schüler, die gegen die DDR-Diktatur opponieren, erzählt, dass durch die Lektüre von einzelnen Flugblättern der „Weißen Rose“ ein Automatismus in seinem Denken einsetzt, der unweigerlich zu einem Vergleich zwischen den politischen Zuständen in der DDR und der nationalsozialistischen Diktatur führt. Auch bei den Mitgliedern der „Weißen Rose“ handelt es sich um Jugendliche, die nur unwesentlich älter sind als die Werdauer Oberschüler. Zudem stehen auch damals Wenige gegen Viele. Ihr Gegenüber ist ein schier übermächtiger Staatsapparat. Eine offene kritische Auseinandersetzung in Form von Diskussionen ist nicht möglich, und so wählen auch die Jugendlichen in Werdau den Weg des gewaltfreien aktiven Widerstands, um auf ihre Forderungen und die ungerechten Zustände in der DDR aufmerksam zu machen.

(Zeitraumen ca. 35 min)

6. SED und FDJ verlangen von jungen Menschen eine Einordnung in die so genannte „sozialistische Menschengemeinschaft“. Individualität gilt eher als verdächtig und anrüchig. Walter Ulbricht, späterer Staats- und Parteichef in der DDR, schreibt 1958 seine Version der Zehn Gebote auf.

a) Zuerst sollen sich die Jugendlichen mit Ulbrichts Geboten auseinandersetzen und entscheiden sowie begründen, ob sie sich einer solchen Organisation anschließen würden. Dass Ulbrichts „Zehn Gebote“ schon im Titel auf den christlich-jüdischen Dekalog verweisen, liegt auf der Hand. Dies sollt bei der Auswertung der Aufgabe angesprochen werden. Eventuell bietet es sich an späterer Stelle an, ein Vergleich der beiden Verhaltenskodizes durchzuführen. Der Vergleich sollte jedoch nicht nur auf der inhaltlichen Ebene erfolgen, sondern auch die unterschiedliche Entstehungs- und Wirkungsgeschichte berücksichtigen.

Ulbrichts Dekalog entfaltet im Gegensatz zu den „Zehn Geboten“ kaum Wirkung. Dies kann anschließend zu einer Diskussion darüber genutzt werden, mit welchen Problemen es verbunden ist, Moralkataloge in der Gesellschaft durchzusetzen. Zudem wird ein Merkmal der DDR-Geschichte sichtbar, das auch bei vielen anderen Diktaturen zu beobachten ist: der Ersatz von Argumentation durch Zwang und Gewalt.

Eine weitere Möglichkeit ist es, auf die Situation von Jugendlichen in der DDR zurückzukommen und zum Beispiel das oppositionelle Engagement junger Menschen in der

DDR in Bezug zu den „Zehn Geboten“ Ulbrichts zu thematisieren. Hier lässt sich an andere Aufgaben dieser Teileinheit, wie z.B. die Altenburger Gruppe, sehr gut anknüpfen.

(Zeitrahmen ca. 30 min)

7. Die Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ erweist sich für Jugendliche mit der Hoffnung, ein freieres Deutschland aufzubauen, als gar nicht frei. Obgleich die Funktionäre versuchen, ein buntes Jugendleben zu organisieren, sind abweichende politische Auffassungen nicht gefragt.

a) Am Anfang dieser Aufgabe sollen sich die Schüler verschiedene Bilder anschauen und beurteilen, die die FDJ und ihre Mitglieder in Aktion zeigen. Die FDJ als Jugendorganisation in der „friedliebenden DDR“ knüpft mit Fackelzug, Fahnenmarsch und Trommelwirbel eher an militärischen Traditionen als an Friedenskundgebungen an. Solche Aufmärsche und Paraden sind besonders zum 7. Oktober, dem Gründungstag und Staatsfeiertag der DDR bis zum Ende der DDR für die FDJ obligatorisch.

In den Beschreibungen der Schüler sollen die krassen Gegensätze zwischen Selbstverständnis der DDR und der FDJ und dem tatsächlichen Erscheinungsbild erwähnt werden, die dann weiter verfolgt werden können. Wichtig ist es auch, Assoziationen und Äußerungen zuzulassen, die sich auf die Tiefendimension des Themas beziehen, wie: Feuer, Nacht, Mythos, Gemeinschaft oder Aufmarsch. Denn gerade diese inneren Bilder und Verweise eröffnen den Blick darauf, was an solchen Fackelzügen und Paraden faszinierend ist und erklären damit auch, weshalb in Diktaturen solche Aufzüge oft als Herrschaftsmanifestation und Machtbeweis eingesetzt werden.

b) Bereits im Moskauer Exil entwickeln deutsche Kommunisten den Plan zur Gründung einer antifaschistischen Organisation der Jugend zur Erfassung und Vereinigung der Jugendlichen in Deutschland. Angedacht ist nicht die Gründung einer parteiähnlichen Gemeinschaft, sondern einer breiten Massenorganisation.

Zunächst von der Sowjetischen Militäradministration als überparteiliche und demokratische Jugendorganisation zugelassen, wird die FDJ in den Folgejahren zur Jugendorganisation der SED. Ab 1947 mit dem Beginn des Kalten Krieges duldet die FDJ in den eigenen Reihen keine bürgerlichen und christlichen Einflüsse mehr. Führende CDU-Vertreter innerhalb der FDJ werden von den Sowjets verhaftet und nach Russland verschleppt. Andere treten resigniert aus den Führungsgremien der FDJ aus.

Im Dezember 1948 hat die FDJ eigenen Angaben zufolge zwar fast eine halbe Million Mitglieder und verfügt über eine straffe Organisation. Von den ursprünglichen Zielen ist aber kaum etwas übrig geblieben. Die FDJ ist nun eine von der SED gelenkte Organisation, mit der Aufgabe, die Jugend im Sinne der Partei zu mobilisieren. Fast alle Schüler folgen dem parallel zur Schule funktionierenden Modell der Mitgliedschaft vom Jungpionier zum Thälmannpionier und ab dem 14. Lebensjahr zur FDJ. Die Massenorganisation sieht ihre Aufgabe darin, für die Errichtung der kommunistischen Gesellschaft standhafte Kämpfer zu erziehen. Rund 80 Prozent der Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren sind Mitte der 1980er Jahre Mitglied der Massenorganisation. Die Mitgliedschaft in der FDJ ist freiwillig, doch müssen Nicht-Mitglieder mit Nachteilen rechnen. Die "Kampfbereitschaft der Partei" unterhält u.a. ein eigenes Reisebüro "Jugendtourist" und bietet Unterkünfte in ihren Jugendhotels und Veranstaltungen in ihren Jugendclubs.

c) Junge Gemeinde ist die Bezeichnung für die Jugendarbeit in der evangelischen Kirche der DDR. Meist ab der Konfirmation treffen sich hier regelmäßig junge Christen, um gemeinsam über Fragen aus Religion, Politik und Kultur zu diskutieren. Über das Netz der Kirchen besteht ein regelmäßiger Kontakt zwischen verschiedenen Jungen Gemeinden. Diese kirchliche Jugendarbeit bleibt in der DDR die einzige freie Jugendbewegung, die besonders in den 1950er und 1960er Jahren staatliche Repressionen zu erleiden hat. Aus den Kreisen der Jungen Gemeinden gehen damals viele oppositionelle Aktionen hervor und in den 1980er Jahren werden sie zum Anlaufpunkt auch nicht-kirchlich gebundener systemkritischer Jugendlicher.

Unterschiede zwischen den beiden Organisationen FDJ und Junge Gemeinde finden sich in der Weltanschauung (kommunistisch vs. christlich). Davon lassen sich auch unterschiedliche gesellschaftliche und politische Vorstellungen ableiten. Während die FDJ der verlängerte Arm der SED ist, treten die Mitglieder der Jungen Gemeinden für Menschenrechte, Freiheit und Demokratie ein.

(Zeitraumen ca. 45 min)